



# NIEDERSACHSEN vorwärts

DEZEMBER 2010/JANUAR 2011 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

## EDITORIAL



### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

die CDU ist in den Kommunalwahlkampf eingestiegen. Genauer gesagt, die Landesregierung, und zwar auf eine besonders negative Art und Weise. Finanzminister Möllring will die Hannoversche Beteiligungsgesellschaft in die CDU-Hochburg Groß Berßen im Emsland verlegen. Damit versucht er nicht nur, die alte Neiddebatte zwischen Landeshauptstadt und »der Fläche« neu zu beleben. Dieses Manöver richtet großen Schaden in der kommunalen Familie an. Jetzt sorgen McAllister und Möllring dafür, dass das Land zum Steuerflüchtling in den eigenen Grenzen wird – und schaden damit allen Kommunen im Lande. Denn die in Hannover fehlende eine Million Euro erhöht die Ansprüche der Stadt auf Zahlungen aus dem kommunalen Finanzausgleich um mehr als eine halbe Million Euro. Dieses Geld fehlt dann den anderen Kommunen, das Land saniert sich auf Kosten der Kommunen. Und welches Beispiel gibt das Land damit eigentlich für die Unternehmen im Land? Sollen jetzt Unternehmen im Land ihren Sitz nach den gleichen Gesichtspunkten wie Möllring verlegen? Politik muss dafür sorgen, dass das nicht möglich ist und nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen. Ein Grund mehr für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Kommunalwahl 2011 gemeinsam und geschlossen anzupacken. Lasst uns als eine SPD in Niedersachsen für faire und solide Kommunalfinanzen kämpfen – die anderen tun es nicht!

Euer

Olaf Lies  
Landesvorsitzender

## GUTE ARBEIT FÜR ALLE

Es muss darum gehen, den aktuellen Aufschwung zu einem Aufschwung für alle zu machen.

Von Hubertus Heil



Der Aufschwung muss bei allen ankommen.

Foto: shutterstock

Die erfreulichen Entwicklungen der deutschen Wirtschaft und insbesondere auf dem Arbeitsmarkt gehen auf unser beherztes Handeln in der Krise zurück – und nicht auf Rainer Brüderle. Die guten Konjunkturdaten sind ein Grund für Selbstbewusstsein in unserem Land, sie sind jedoch kein Grund, sich selbstzufrieden zurück zu lehnen. Es besteht die große Gefahr, dass Deutschland – wenn die Bundesregierung jetzt nicht die richtigen Entscheidungen trifft – auf Jahre hinaus unter seinen Möglichkeiten bleibt. Die Bundesregierung droht, die Chancen dieses Aufschwungs zu verspielen.

Jetzt muss es darum gehen, den Aufschwung zu einem Aufschwung für alle zu machen. Die wirtschaftliche Erholung darf nicht an den Menschen vorbeigehen, die schon lange Zeit arbeitslos sind. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Oktober diesen Jahres erstmals bei unter 3 Millionen. Erstmals seit Jahrzehnten besteht die Chance, in den kommenden Jahren Schritt für Schritt das Ziel der Vollbeschäftigung zu erreichen. Wir können Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern besiegen. Doch dieses Ziel

erreicht Deutschland nicht von alleine. Ohne eine aktive Politik für Vollbeschäftigung droht die Gefahr eines gespaltenen Arbeitsmarkts mit einem verfestigten Sockel an Langzeitarbeitslosigkeit auf der einen und Fachkräftemangel auf der anderen Seite. Wir müssen unsere Anstrengungen bei Bildung, Berufsaufqualifizierung und Weiterbildung dramatisch steigern, damit wir in Deutschland am Ende nicht zugleich einen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und eine fortgesetzt hohe Zahl von Arbeitslosen haben, die nicht ausreichend qualifiziert sind. Und wir brauchen eine neue Vermittlungsoffensive mit einem besseren Verhältnis von Arbeitsvermittlern zu Arbeitssuchenden. Die Bundesregierung macht das Gegenteil, in dem sie die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik radikal kürzt und nicht für ausreichend Personal in den Jobcentern sorgt.

Aktive Arbeitsmarktpolitik, bessere Vermittlung und Qualifizierungsangebote sind das Eine. Wir müssen aber auch dafür kämpfen, dass die Arbeitsbedingungen besser werden, dass Diskriminierung im Beruf aufhört und Arbeitneh-

Fortsetzung auf Seite 2

» Die wirtschaftliche Erholung darf nicht an den Menschen vorbeigehen, die schon lange Zeit arbeitslos sind.«

Hubertus Heil

Im Niedersachsen-vorwärts:  
»TiL-Themen im Landtag«  
(Mittelteil Seiten 1–4)



**Hubertus Heil MdB,**  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Fotos: SPD

### Fortsetzung von Seite 1

merinnen und Arbeitnehmer gerechten Anteil am Aufschwung haben. Auf dem Arbeitsmarkt muss wieder Ordnung geschaffen werden, durch Mindestlöhne, durch die Stärkung der Tarifverträge und der Mitbestimmung, nicht zuletzt durch die Begrenzung der Leih- und Zeitarbeit auf ihren eigentlichen Zweck zur Abdeckung von Auftragsspitzen.

Frank-Walter Steinmeier hat mit dem Deutschlandplan eine Strategie für Voll-

beschäftigung vorgelegt und gezeigt wie mit einer guten Politik neue Arbeitsplätze entstehen können – in der industriellen Produktion, bei produktionsnahen Dienstleistungen und im »klassischen« Dienstleistungssektor wie in der Gesundheitswirtschaft oder der Kreativwirtschaft. Dazu braucht Deutschland eine moderne Industriepolitik und eine Innovationsstrategie, die neben Investitionen in Bildung und Infrastruktur auch stär-

kere Anreize für private Investitionen setzt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung macht auch hier das Gegenteil: Die Kürzungen bei der Förderung Erneuerbarer Energien, beim Klimaschutz und bei der Städtebauförderung verhindern Investitionen in die Zukunft. Anstatt auf die – auch vom Sachverständigenrat geforderte – steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung zu setzen, werden Klientelwünsche bedient. ■

## KEINE SICHERHEITSPOLITIK NACH KASSENLAGE

SPD drängt auf transparente Prozesse bei der Standortentscheidung

Von Lars Klingbeil



**Lars Klingbeil zu Besuch in der Lent-Kaserne in Rotenburg.**

Foto: privat

» Willkür auf dem Rücken der Beschäftigten werden wir nicht zulassen.«

Lars Klingbeil MdB

Manchmal fällt es schwer zu folgen: Nun will Verteidigungsminister zu Guttenberg also doch keine radikale Personalkürzung bei der Truppe sondern »nur« eine Reduzierung von derzeit 250.000 Soldaten auf 180.000 bis 185.000 Soldaten. So hat er es am 22. November angekündigt. Für die Bundeswehr, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges in einem permanenten Wandel befindet, ist dies ein weiterer gewaltiger Schritt. Zur Ruhe kommen Soldaten und Zivilpersonal dabei nicht.

Ärgerlich ist, dass diese Reform nicht Ergebnis einer sicherheitspolitischen Debatte ist, sondern zwischendurch den Anschein erweckte, es ginge lediglich um das Erreichen von Sparzielen. Wir Sozialdemokraten haben immer deutlich gemacht, dass wir eine Sicherheitspolitik nach Kassenlage ablehnen. Auch

die Aussetzung der Wehrpflicht ist in einer Nacht-und-Nebelaktion beschlossen worden, ohne dass geeignete Konzepte für die Nachwuchsgewinnung auf den Tisch liegen. Nur mit attraktiven Freiwilligendiensten und einer Attraktivitätssteigerung des Soldatenberufs wird dies gelingen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird hierauf ein Augenmerk legen. Auch die Zivilbeschäftigten brauchen unsere Unterstützung. Bis heute hat das Ministerium den Tarifvertrag nicht verlängert, der unter anderem einen sozialverträglichen Abbau garantiert hat. Stattdessen wird ein weiterer Stellenabbau angekündigt. Eine solche Willkür auf dem Rücken der Beschäftigten ohne soziale Abfederung werden wir nicht zulassen.

Die Abschaffung der Wehrpflicht und die massive Reduzierung der Bundes-

wehr werden auch für Niedersachsen nicht ohne Folgen bleiben. Es drohen weitere Kasernenschließungen. Neben Bayern (dem Heimatland des Ministers) ist Niedersachsen das Bundesland, das die meisten Standorte und Soldaten beheimatet. Die Schließung einer Kaserne ist dabei für die Gemeinde und die Menschen zumeist ein enormer Verlust an Arbeitsplätzen, Einwohnern und schlichtweg an Lebensqualität.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird deswegen auf einen transparenten und nachvollziehbaren Prozess bei den Standortentscheidungen drängen. Vor allem ist es uns wichtig, dass hier keine »Geschenke« an CDU-Kollegen verteilt werden. Wichtig wird es für uns auch sein, alle politischen Ebenen frühzeitig in die Pläne des Ministers zu Guttenberg einzubeziehen. Entscheidungen, die in Hinterzimmern getroffen und von oben herab zementiert werden, lehnen wir ab. An vielen Standorten gibt es eine enge Beziehung zwischen Bundeswehr und Gesellschaft, wir haben geeignete und zahlreiche Übungsplätze. Dies alles spricht für den Erhalt eines starken Bundeswehrlandes Niedersachsen.

Falls es allerdings doch zu Standort-schließungen kommt, müssen die Folgen der Strukturreform abgemildert werden. Bundes- und Landesregierung stehen hier in der Pflicht, den Menschen Perspektiven aufzuzeigen und auch mit finanziellen Mitteln die Konversion zu gestalten. Beim bevorstehenden Abzug britischer Streitkräfte aus Niedersachsen hat Ministerpräsident McAllister schon angekündigt, die Kommunen finanziell im Regen stehen lassen zu wollen. Hier werden wir weiterhin Druck machen. ■



# VOLKSBEGEHREN FÜR GUTE SCHULEN

Initiatoren haben den Staatsgerichtshof angerufen

Von Nils Johannsen

Im September hat die Niedersächsische Landesregierung über die Zulässigkeit des Volksbegehrens für gute Schulen entschieden. Sie hat zwar grundsätzlich die Zulässigkeit bestätigt, aber eine »Maßgabe« beschlossen, die den § 3 des von den Initiatoren vorgelegten Gesetzentwurfs betrifft. Dieser Paragraf befasst sich mit den Vollen Halbtagschulen und hat folgenden Wortlaut: *Zum 1. August 2002 bestehende Volle Halbtagschulen werden fortgeführt. Ihre pädagogische Arbeit dauert in der Regel fünf Zeitstunden an fünf Vormittagen in der Woche.*

## Das will die Landesregierung

Nach dem Beschluss der Landesregierung vom 21.9.2010 soll § 3 folgenden Wortlaut haben: *Grundschulen, die zum 1. August 2002 als Volle Halbtagschulen geführt wurden, werden wieder als Volle Halbtagschulen geführt; hierzu bedarf es, sofern die Grundschule zwischenzeitlich aufgehoben oder unter Verlust ihres Status zusammengelegt wurde, eines Antrags des Schulträgers. Ihre pädagogische Arbeit dauert in der Regel fünf Zeitstunden an fünf Vormittagen in der Woche. § 106 Abs. 1 des Niedersächsischen Schulgesetzes bleibt unberührt.*

Die Landesregierung begründet ihre Entscheidung, dass bei Annahme des § 3 durch einen Volksentscheid in das verfassungsrechtlich geschützte Recht der Gemeinden auf Selbstverwaltung eingegriffen würde. Kommunale Schulträger, die bereits Volle Halbtagschulen abgeschafft hätten, müssten ihre Entscheidung wieder rückgängig machen.

## Anrufung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes

Die Initiatoren verfolgen mit ihrer Fassung des § 3 die Wiederherstellung des Status »Volle Halbtagschule« und nicht die Wiedereinrichtung einer geschlossenen Schule. Somit seien die Rechte der Kommunalen Schulträger nicht betroffen. Statistisch gesehen sind von den zum 1.8.2002 bestehenden 261 Grundschulen und 24 Förderschulen nur zwei aufgehoben und eine unter dem Verlust ihres Status zusammengelegt worden! Mit dem Ende des Schuljahres 2009/2010 gibt es in Niedersachsen keine Vollen Halbtagschulen mehr.



Nach Überzeugung der Initiatoren hat die Landesregierung ihre Prüfungskompetenz überschritten: Diese bezieht sich lediglich darauf festzustellen, ob die in der Niedersächsischen Verfassung und im Volksabstimmungsgesetz festgelegten formellen Voraussetzungen für die Durchführung eines Volksbegehrens erfüllt sind. Hinzu kommt, dass der Eingriff in den Gesetzentwurf gänzlich unnötig ist, weil das Anliegen der Landesregierung – die Wahrung der Rechte des Schulträgers bei der Wiedereinrichtung Voller Halbtagschulen – problemlos durch Auslegung des vorgelegten Gesetzentwurfs erreichbar ist.

Die Initiatoren des Volksbegehrens haben folglich den Staatsgerichtshof angerufen mit dem Ziel, die Entscheidung der Landesregierung vom 21.9.2010 aufzuheben und das Volksbegehren uneingeschränkt zuzulassen.

## Konsequenzen für Sammlerinnen und Sammler: das zweite Halbjahr läuft!

Einen zeitlichen Aufschub für die Sammlerinnen und Sammler, etwa bis zu einem sehr späten Zeitraum der Urteilsverkündung, gibt es nicht. Mittlerweile hat sich aber der Zeitrahmen zum Sammeln durch diese Verfahrensabläufe durchaus bis zum 2. Mai 2011 verlängert. Bis auf

weiteres sind die alten, d.h. die sich im Umlauf befindlichen Unterschriftenbögen weiter zu verwenden, sie behalten ihre Gültigkeit. Wichtig ist auch, dass die bereits ausgefüllten Unterschriftenbögen nicht gehortet werden, sondern zügig an die Gemeinden zur Prüfung weitergereicht werden. Mit dem Stichtag 15. Oktober 2010 sind dem Landeswahlleiter 178.000 rechtsgültige Unterschriften gemeldet worden.

## Wir sammeln weiter!

In den nächsten Wochen und Monaten müssen alle Unterstützer und Bündnispartner noch viele Kraftanstrengungen unternehmen, damit die Anzahl sich erheblich vergrößert. Die Hauptforderungen, die Neugründungen von Integrierten Gesamtschulen wesentlich zu erleichtern und die Rückkehr des Abiturs nach 13 Jahren müssen noch vielen Bürgerinnen und Bürger dargestellt und sie aus diesen Gründen zur Unterschrift bewegt werden. Der Streit um den § 3 ist kaum zu vermitteln. In drei Städten sind erst die 10% der Wahlberechtigten überschritten – es gibt folglich noch viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, die tatsächlich noch nicht unterschrieben haben: Wir müssen an die Menschen ran, da hilft nichts! ■

Nils Johannsen ist Gewerkschaftssekretär der GEW-Hannover.

**Bunt, laut und fröhlich: Langenhagener Schülerinnen und Schüler demonstrieren in Hannover für bessere Schulen**  
Foto: privat

## SPENDEN

Auf dem niedersächsischen kommunalpolitischen Kongress der SPD in Hannover Ende September wurden 1.300,00 Euro für den Verkauf von »Zertifikaten: Wir klagen gemeinsam – klagen Sie mit!« für das Volksbegehren eingenommen. Besten Dank an alle Zertifikatserwerberinnen und –erwerber!

Vordrucke für diese »Zertifikate« können bei Nils Johannsen per E-Mail bestellt werden: n.johannsen@gew-hannover.de

**Konto für weitere Spenden:**  
Stichwort: »Bündnis Schulen«  
Konto 923 028, Sparda-Bank Hannover, BLZ 250 905 00.

# DAS EISEN WEITERSCHMIEDEN

Mit einer Zukunftsschmiede stimmte sich Hannovers SPD am 20. November auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr ein.

Von Lothar Pollähne

»Hannover ist die schönste Stadt der Welt«. Darauf hinzuweisen wird Stephan Weil, der Oberbürgermeister der niedersächsischen Landeshauptstadt, niemals müde. Bestätigung für seine These bekam Hannovers OB in der Zukunftsschmiede, mit der sich die Hannoversche SPD auf Einladung des SPD-Stadtverbandes und der SPD-Ratsfraktion am 20. November auf den Kommunalwahlkampf im kommenden Jahr einstimmte. Gemeinsam mit Ingo Schoenheit vom Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft (imug) präsentierte Weil die Ergebnisse einer Studie zur Befindlichkeit der Stadt, ihrer Einwohner und zur Außenwahrnehmung Hannovers. Die ist, verglichen mit Städten wie Düsseldorf, Leipzig oder Stuttgart, ausgesprochen gut. »Wir haben eine fast perfekte Stadt«, so Stephan Weil. »Uns fehlen eigentlich nur der Dom, die Elbe und die Alpen und das nötige Quentchen Selbstbewusstsein, um die Qualitäten Hannovers herauszustellen«.

250 TeilnehmerInnen machten sich nach dieser Ansage in sechs Foren an die Arbeit, dem Selbstbewusstsein auf die Sprünge zu helfen und Konzepte für die künftige Entwicklung der Landeshauptstadt zu entwickeln. Das Leitmotiv: »Was trauen wir Hannover zu«. Offenbar jede Menge. Stadtentwicklung steht im Zeichen der Nachhaltigkeit. »Da sind wir auf einem hohen Niveau«, befand Stephan Weil in seiner Zusammenfassung der Foren. Dabei geht es nicht allein um die finanzielle Ausstattung der Landeshauptstadt, wie der SPD-Stadtverbands-Vorsitzende Walter Meinhold erklärte:

»Die SPD ist die treibende Kraft in der Wohlfühlstadt Hannover und gedenkt es zu bleiben.«

Stephan Weil



Ingo Schoenheit und Hannovers OB Stephan Weil präsentierten mit Moderatorin Rosa Legatis die Vorzüge der Landeshauptstadt. Foto: lopo

»Es geht um sinnvolle Investitionen in Kunst und Kultur und vor allem um den sozialen Frieden in der Stadt«. Der ist unerlässlich für den Wohlfühlfaktor in der Stadt. »Alle müssen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können«, so Meinhold. »Das ist ein ursozialdemokratischer Anspruch«. Der wird schon jetzt in den Stadtbezirken bundesweit beispielhaft eingelöst.

Es zieht die Menschen wieder zurück in die Stadt, und die Stadt ist darauf vorbereitet. Aufgabe der Hannöverschen SPD ist es, dafür zu sorgen, dass alle mitkommen. Dieser Anspruch ist Vorgabe für das Wahlprogramm, das die SPD in der Landeshauptstadt in den kommenden Mona-

ten entwickeln will: nicht im stillen Kämmerlein, sondern in öffentlichen Veranstaltungen. Dort kann die SPD kompetent darstellen, dass sie seit Jahrzehnten die treibende Kraft für die Wohlfühlstadt Hannover ist und zu bleiben gedenkt. Nur eines fehlt dem Oberbürgermeister: Er möchte endlich einmal die Innenstadt gesperrt sehen um die Roten vom Rathausbalkon aus mit Amtskette als deutschen Fußballmeister feiern zu dürfen. Da hat die SPD wenig Einfluss. Ansonsten liegt sie in Hannover vorn. Stephan Weil will sich dafür einsetzen, dass es dabei bleibt: »Ich werde das Eisen weiterschmieden«. Das war der Zukunftsschmiede einen anhaltenden Applaus wert. ■

## DREI FRAGEN AN JONATHAN SCHORLING



Der 21jährige Jonathan Schorling aus Munster ist am 7. November zum neuen Juso-Landesvorsitzenden gewählt worden. Foto: Schumacher

Jonathan, Du hast angekündigt, dass Du die Arbeit des Juso-Landesverbandes

auch für Interessierte außerhalb der Jusos öffnen möchtest. Welcher Weg schwebt Dir hierbei vor?

**Schorling:** Einerseits möchten wir durch eine stärkere Bündnisarbeit mit anderen Organisationen auch junge Leute außerhalb der »klassischen« Juso-Zielgruppen erreichen und für unsere Arbeit werben. Zweitens werden wir durch eine noch bessere Öffentlichkeitsarbeit unsere Inhalte und Projekte nach Außen tragen.

**Auf welche inhaltlichen Schwerpunkte werdet ihr dabei setzen?**

**Schorling:** Neben den seit längerem bearbeiteten Feldern Wirtschaft, Soziales und Bildung werden wir den Fokus

verstärkt auf die Themen Kommunalpolitik, Energie und Feminismus legen. Auch der Bereich gute Arbeit und Ausbildung wird stärker in der Arbeit des Landesverbandes berücksichtigt werden.

**Was planen die Jusos für die Kommunalwahl in 2011?**

**Schorling:** Wir werden zum Auftakt einen »Kick-off-Kongress« mit den jungen Kandidaten machen. Dieser wird voraussichtlich im Mai 2011 stattfinden. Außerdem soll es eine Onlineplattform geben, auf der wir Musterpressemittellungen, Anträge und Aktionsideen den örtlichen Kandidaten und den Unterbezirken zur Verfügung stellen werden. ■

### Impressum

Herausgeber:  
SPD Niedersachsen  
Verantwortlich: Michael Rüter  
Redaktion: Lothar Pollähne,  
Sebastian Schumacher  
Anschrift: Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover  
E-Mail: lopovorwaerts@gmx.de  
Layout & Satz: Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de



# RENAISSANCE DES SOZIALSTAATES

2. Braunschweiger Sozialkonferenz von AWO, DGB und SPD

Von Michael Meißner

»Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung« lautete der Titel der 2. Braunschweiger Sozialkonferenz. In vier Workshops und einer anschließenden Podiumsdiskussion erörterten die Teilnehmer Ursachen und Möglichkeiten der Bekämpfung von Armut. Themenschwerpunkte waren Kinder- und Altersarmut, Bildungsgerechtigkeit, Mindestlohn und soziale Netzwerke.

»Die drei Organisatoren dieser Konferenz sitzen alle in einem Boot, wenn es darum geht, Menschen, die Hilfe benötigen, auch teilhaben zu lassen«, sagte Wilhelm Schmidt, Vorsitzender des AWO-Bundespräsidiums.

Hubertus Heil, Vorsitzender des SPD-Bezirks Braunschweig, sprach sich gegen die von der Bundesregierung geplante Einführung einer Chipkarte aus, die von Hartz IV betroffenen Kindern den Zugang zu Bildungsangeboten ermöglichen soll:

»Was nützt so eine Chipkarte, wenn die Infrastruktur nicht vorhanden ist?«

»Rente mit 67 ist Mist«, brachte Michael Kleber, DGB-Regionsvorsitzender, die Position der Gewerkschaften zur Rentendiskussion auf den Punkt. »Wir brauchen mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Weg mit Mini- und Midijobs, weg mit Leiharbeit. Dann können wir uns auch eine Rente mit 62 leisten.«

Carola Reimann, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, forderte eine Anpassung der Infrastruktur an die bestehenden und künftigen Verhältnisse: »Wir sind eine älter werdende Stadt!« Um Kinderarmut zu beheben, sei die Kindergeldhöhung der falsche Weg. Stattdessen sei der Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen notwendig.

»Mein Hauptwunsch zur Armutsbekämpfung ist die Renaissance des Sozial-



staates«, fasste AWO-Bezirksgeschäftsführer Rifat Fersahoglu-Weber seine Forderungen zusammen. »Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam für unser Land Verantwortung übernehmen und alle stark machen.« ■

**Michael Kleber (DGB), Moderator Uwe Hildebrandt, Rifat Fersahoglu-Weber (AWO) und Carola Reimann (SPD) im konstruktiven Gespräch.** Foto: privat

## SOLIDARITÄT MIT ATLAS-BESCHÄFTIGTEN



Von links nach rechts: Olaf Lies MdL, Sigmar Gabriel MdB, Werner Magnus (Betriebsratsvorsitzender Atlas Delmenhorst), Ralf Lenski (Betriebsratsvorsitzender Atlas Vechta), Holger Rigbers (Betriebsratsvorsitzender Atlas Ganderkesee), Hartmut Tammen-Henke (IG Metall) Foto: Olaf Reichert

Sigmar Gabriel und Olaf Lies haben sich aus erster Hand über die Situation bei den Atlas-Werken erkundigt. Der SPD-Bundes- und der Landesvorsitzende ließen sich in Hannover von Vertretern des Betriebsrates und der IG Metall über den Arbeitskampf in Delmenhorst, Vechta und Ganderkesee informieren. Die Beschäftigten dort streiken seit Wochen für einen Tarifvertrag. »Es

geht um die Frage von Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt«, sagte Gabriel nach dem Gespräch. Lies ergänzte: »Es darf keinen Dammbreach geben. Schon jetzt werden viel zu häufig auf dem Rücken der Beschäftigten unter hohem Druck Einzelvereinbarungen getroffen. Atlas darf nicht zum Negativ-Beispiel für andere Unternehmen werden.« ■

vorwärts

## PERSONALABTEILUNG



Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil ist auf der SGK-Delegiertenversammlung in Bremen am 12. November zum SGK-Vorsitzenden gewählt worden.



Neuer Vorsitzender: Bernhard Witthaut, Polizeihauptkommissar aus Georgsmarienhütte, ist auf dem GdP-Bundeskongress in Berlin am 22. November zum Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewählt worden.





Matthias Grooten MdEP

## EIN JAHR LISSABON-VERTRAG

Was hat sich aus Sicht des Europäischen Parlaments verändert?

Von Matthias Grooten

Zahlreichen Europäern fiel ein Stein vom Herzen als sich vor einem Jahr das irische Volk per Referendum im zweiten Anlauf doch noch für den Lissabonner Vertrag entschied. Nachdem die Staats- und Regierungschefs den Verfassungstext, der zuvor sehr offen in einem Konvent vorbereitet worden ist, im Oktober 2004 unterschrieben, gab es in vielen Mitgliedsstaaten offene Kritik. Verfassungsgerichtsurteile in Deutschland, ablehnende Referenden in Irland. Ein langes Gezerre, endlose Diskussionen, zahlreiche Verhandlungen und 5 Jahre später trat der Vertrag von Lissabon endlich in

Vertrag, hinsichtlich der anstehenden Erweiterungen wenig zukunftstauglich ist und eine solide Europapolitik kaum möglich wäre. Außerdem muss man bedenken, dass die EU mit einer Bevölkerung, die größer ist als die der USA und Russland zusammen, nicht nur die größte Handelsmacht der Welt ist, sondern zwangsläufig ein »globaler Akteur«. Die EU musste ihrer wachsenden Rolle in der Welt gerecht werden und zugleich innerlich zusammenwachsen.

Wenn sich das Inkrafttreten des Vertrags im Dezember dieses Jahres zum ersten Mal jährt, wird es in der Öffentlichkeit zu einer Zwischenbilanz kommen und selbstverständlich Resümee gezogen.

Der Vertrag von Lissabon hat institutionelle Neuerungen geschaffen und das politische System der Europäischen Union grundlegend verändert. Es steht nicht länger auf drei, sondern auf vier Beinen: Europäischem Rat, Ministerrat, Kommission und auch dem Parlament. Ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags lassen sich deutliche Veränderungen gegenüber »Nizza« feststellen. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die EU demokratischer geworden: die nationalen Parlamente werden stärker einbezogen, die Europäische Bürgerinitiative ist geschaffen worden, die Kompetenzen des Europaparlaments wurden erweitert; mehr Sichtbarkeit durch die Schaffung eines permanenten Präsidenten des Europäischen Rates; mehr Kompetenzen für die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik; mehr Effizienz durch die verstärkte Zusammenarbeit und der Ausdehnung des Mehrheitsstimmrechts.

Das Europäische Parlament gehört zu denjenigen Institutionen, deren Kompetenzen durch den neuen Vertrag am stärksten ausgebaut werden. Es übt inzwischen gemeinsam mit dem Rat die Rechtsetzung der EU aus. Dabei ist das sogenannte Mitentscheidungsverfahren, das dem Rat und Parlament annähernd gleiche Rechte einräumt, nun zum »ordentlichen Gesetzgebungsverfahren« geworden, das bei den meisten Politikbereichen Anwendung findet. Insbesondere die Agrar-, Umwelt-, Verkehrspolitik und die justizielle Zusammenarbeit wurden neu in die Zuständigkeit des Parlaments überführt.

Das Europäische Parlament nutzt seine neuen Rechte als Mitgesetzgeber und löst die alten Konstellationen auf. Die EU

kann internationale Verträge nur noch mit Zustimmung des Europaparlamentes abschließen. Dem inzwischen in Kraft getretenen Bankdatenabkommen SWIFT haben die Europaabgeordnete dicke Steine in den Weg gelegt und Washington war sichtlich nicht darüber erfreut.

Die Abgeordneten bestellen heute mit großer Selbstverständlichkeit die designierten EU-Kommissare zum Vorstellungsgespräch ein und haben auch in diesem Jahr wieder eine Umbesetzung nicht fähiger Kommissare erwirkt.

Das EP mischt sich über seine Budgetkompetenz mit eigenen Konzepten in den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes ein und denkt strategisch, nicht lediglich bürokratisch über die Rolle des neuen Dienstes nach. Die Legislative kann die Interessen der Menschen nun noch konsequenter vertreten. Und kann Kurskorrekturen bei EU-Kommission und Rat erzwingen.

Europaabgeordnete treiben die Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative entschieden voran und setzen so auf eine neue Form der Bürgerbeteiligung in Europa. Die nächste langfristige Budgetplanung der Union steht an und das Parlament lässt es sich nicht nehmen seine neuen Rechte im Haushaltsverfahren auch anzuwenden. Mit Lissabon hat das Europäische Parlament an Macht dazu gewonnen und kann Kurskorrekturen bei EU-Kommission und Rat erzwingen. Es ist abzusehen, dass sich die Kommission mit den Bestimmungen von Lissabon neben einem gestärkten Europäischen Rat und einem selbstbewussten Parlament schwer tun wird.

### Wie geht es weiter?

Wie geht es nun weiter mit dem Vertrag von Lissabon? Angesichts des langen und steinigen Weges bis zur Ratifizierung wird es nicht darum gehen, so schnell wie möglich einen neuen Vertragsentwurf auf den Tisch zu legen. Allerdings wächst der Druck nach Reformbedarf und engerer Zusammenarbeit: Durch die Euro-Krise sind die Regierungen gezwungen, die Vorgaben zur Überwachung des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu stärken und die Schwächen der Währungsunion in der wirtschaftspolitischen Koordinierung auszugleichen. Notwendige Maßnahmen führen höchstwahrscheinlich auch zu einer Veränderung der Verträge. ■



Seit dem Lissabon-Vertrag geht es vor allem für das Europäische Parlament aufwärts.

Foto: photocase

Kraft. Die Europäische Union hat ein neues Regelwerk, das es ihr erlaubt, sich für die Zukunft institutionell besser aufzustellen. Diese Änderung war bitter nötig, denn die damals 15 EU-Mitglieder stellten beim Gipfel von Nizza im Jahre 2000 fest, dass der dort beschlossene

vorwärts KULTURGUT

# DER RING DER NIEDERSACHSEN

»Geschichte ist langweilig« wird landläufig immer wieder behauptet, und Generationen von Schülerinnen und Schülern fallen auf diesen Unsinn herein, obwohl deren Geschichte nicht mehr mit Bismarck beginnt und nicht mit Bismarck endet. Antonius teilte das Bett mit Kleopatra. Aus Langeweile? Arminius putschte gegen seine römischen Arbeitgeber. Aus Verzweiflung oder Spaß am Umsturz? Es geht einfach um Sex und Verbrechen. »Geschichte ist nichts anders als die Garderobe des menschlichen Geistes« schrieb Heinrich Heine nach einer seiner vielen Reisen, und damit hat er vollkommen recht. Geschichte verhüllt vieles, das offen liegen sollte und alle, die sich an der Enthüllung beteiligen, seien gepriesen. Dazu braucht es nicht die abermalige Biografie des Herrn Bismarck oder anderer Großkopfer. Auch Bismarck hatte seinen Koch; oder wer sonst wäre auf die Idee mit dem Hering gekommen.

Geschichte ist eben nicht trocken, sondern ausgesprochen schmackhaft und, wenn sie entsprechend zusammengefasst wird, hochgradig spannend. Da gibt es also einen Ring, den Saphuris-Ring, dem Kleopatra nicht widerstehen kann und der das Ende ihrer Herrschaft bedeutet. Dieser gelangt über Augustus, Tiberius und Arminius nach Germanien und damit nach Niedersachsen und er bringt Tod, Verrat und Verderben mit sich. Wo der Ring ist, ist die Pest. Seine Besitzer, ob Hure, Herr oder Revoluzzer, werden nicht glücklich mit dem Schmuckstück, egal in welchem Abschnitt der Geschichte es auftaucht. Neugierig geworden?

Neun Krimi-AutorInnen aus Niedersachsen beschreiben in einem Fortsetzungsroman den Weg des Saphuris-Ringes von Kalkriese bis nach Hannover und schreiben damit eine Geschichte Niedersachsens, die dieses Land so spannend erscheinen lässt, dass andere Landstriche auch krimitechnisch einfach abstinken müssen. Der Ring der Niedersachsen ist

nachhaltig bis hinein in die postfaschistische deutsche Gegenwart: Ein Lesevergnügen für die Tage zwischen den Jahren und darüber hinaus. ■ lopo



Susanne Mischke, Richard Birkefeld (Hg.), *Der Ring der Niedersachsen, zu Klampen Verlag, Springe, 2010, 320 S., 12,80 Euro*



VORWÄRTS  
RÄTSEL

Als sie am Abend des 15. August 1969 auf die Bühne kommt, ist sie bereits seit über zehn Jahren im Geschäft und hat sich den Ehrentitel »Jeanne d'Arc der Folk-Musik« redlich verdient. Ihr Auftritt endet mit jener Hymne, die weltweit bei Protesten gegen Krieg, Unterdrückung und Rassentrennung gesungen wird. Danach kommt der große Regen, der das Festival-Gelände zur Schlammwüste werden lässt. Entdeckt wird sie 1959 beim legendären Newport Folk Festival. Mit ihrem engelhaft-hypnotischen Gesang trägt sie dort Folksongs und sozialkritische Lieder von Woody Guthrie vor. Ein Jahr später veröffentlicht sie unter eigenem Namen ihre erste LP, die es bis auf Platz 15 der Hitparade schafft. Gemeinsam mit ihrem zeitweiligen Lebensgefährten singt sie 1963 nach dem legendären Marsch Martin Luther Kings in Washington vor dem Lincoln Memorial. Die Beziehung des Traum-paares der Folk-Musik bilanziert sie 1975 auf ihrem kommerziell erfolgreichsten Album mit dem Song »Diamonds and Rust«. Ihren Protest gegen den Vietnam-Krieg untermauert sie mit einem jahrelangen Steuerboycott. Dafür wird sie sogar in Beugehaft genommen. Das allerdings beeinflusst ihren aufrechten Gang und ihre musikalische Botschaft nicht. Am 9. Januar 2011 wird 70 Jahre alt. Der vorwärts gratuliert und fragt: Wer ist gemeint? Zu gewinnen gibt es den Silberling »Play me backwards«. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den vorwärts, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover

Im November war Anna Seghers gesucht. Gewonnen hat Wilfried Vagts aus Stade.

## »WIR SIND GEGENWÄRTIG KEINE GESUNDE INSTITUTION«

Die Verbraucherzentrale ist die einzige Organisation für unabhängige Verbraucherinformationen. In Niedersachsen hat die Verbraucherzentrale aber einen schweren Stand. Der vorwärts sprach mit der Vorstandsvorsitzenden Sigrid Leuschner und dem Landesgeschäftsführer Olaf Weinel über die Zukunft der Verbraucherzentralen.

**vorwärts:** Verbraucherschutz ist ein weites Feld. Fallstricke im Internet, Baufinanzierungen, energetische Gebäudesanierung, Lebensmittelsicherheit, Gesundheitsdienstleistungen. Kaum ein Lebensbereich, den die Verbraucherzentrale nicht im Blick hat. Mit welchen Fragestellungen wenden sich die Bürger hauptsächlich an die Verbraucherzentralen in Niedersachsen?

**Olaf Weinel:** Generell haben 80 Prozent der Anfragen einen direkten Bezug zum so genannten »wirtschaftlichen Verbraucherschutz«. Hierzu gehören neben den alltäglichen Kaufverträgen die Bereiche Energie, Altersvorsorge und Versicherungen, aber auch die Telekommunikation. Das war ein ganz großes Thema für Verbraucherinnen und Verbraucher im vergangenen Jahr. Das geht von Abzocke im Internet über unerlaubte Telefonwerbung bis hin zu fehlerhaften Telefonrechnungen. Hier gibt es einen großen Beratungsbedarf. Das ist kein Wunder, denn es gibt zirka 4.000 unterschiedliche Tarife bei Mobiltelefonen und ständig wechseln die Konditionen.

**Sigrid Leuschner:** Im besonderen Maße hiervon betroffen sind Jugendliche. Durch die zielgruppenspezifische Werbung vieler Telekommunikationsunternehmen lassen sich viele Jugendliche zu kostspieligen und häufig dubiose Vertragsabschlüssen verleiten, Stichwort »Klingeltöne«. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen hat deshalb das Internetportal »DeinDing« eingerichtet. Hier werden Fragen von Fachberaterinnen bearbeitet, hier können sich Betroffene mit ihren Erfahrungen austauschen. Dieses Angebot ist sehr nachgefragt, wir haben jährlich mehr als 400.000 Besucher auf dieser Seite und viele Einträge rund um das Thema »Internetabzocke«.

**vorwärts:** Woher kommt das große Vertrauen, das der Verbraucherzentrale entgegengebracht wird? Im Jahresbericht 2009 werden alleine für Niedersachsen 1,7 Millionen Verbraucherkontakte aufgeführt.

**Weinel:** Das hat mit der über 50-jährigen Wirkungsgeschichte der Verbraucherzentralen in Deutschland zu tun. Seit den 50er Jahren, als die Frauen- und Sozialver-



Sigrid Leuschner und Olaf Weinel

Foto: Sebastian Schumacher

bände sowie der Mieterbund und Gewerkschaften die Verbraucherzentralen in den Ländern gründeten, wurden zunächst Informationen für Hausfrauen bereitgestellt. Mit dem Einzug des Wohlstandes in deutschen Haushalten rückten immer stärker Fragen des Verbraucherrechtes in den Mittelpunkt. Sehr rasch erweiterte sich das Spektrum an Beratungsangeboten, das ehrenamtliche Engagement wurde professionalisiert. Das Gesetz über die Allgemeinen Vertragsbedingungen gibt es seit 1977, seitdem hat der Bereich der Rechtsberatung einen großen Raum eingenommen. Es war übrigens ein langer Kampf mit den Anwaltskammern, bis in den 80er Jahren die Rechtsberatung durch die Verbraucherzentralen endgültig durchgesetzt werden konnte. Hier hat sich die Verbraucherzentrale eine große Glaubwürdigkeit erarbeitet.

**Leuschner:** Die Verbraucher wissen, dass wir sie neutral und in ihrem Sinne beraten. Wir gelten als »lobbyfrei«. Es gibt sonst keine unabhängige Organisation für Verbraucherinformationen. Außerdem ist es so, dass wir keine soziale Ausgrenzung vornehmen: unsere Beratungsgebühren sind aus diesem Grund sehr moderat.

**vorwärts:** Was zu der Frage führt, wie die Verbraucherzentrale ihr breites Angebot finanziert.

**Weinel:** Die institutionelle Förderung durch das Land Niedersachsen, genauer, durch das Wirtschaftsministerium, macht den Großteil unserer Einnahmen aus. Seit 2003 ist dieser Betrag durch die Landesregierung aber ständig verringert worden. Gab es im Jahr 2003 noch 1,6 Millionen Euro, sind es seit 2007 nur noch eine Million Euro institutionelle Förderung.

**Leuschner:** Die Kommunen, in denen die Verbraucherzentrale Standorte hat, beteiligen sich ebenfalls an den Kosten. Dennoch sind wir immer stärker auf Eigenmittel angewiesen. Um es kurz zu sagen: Wir sind

gegenwärtig keine gesunde Institution.

**vorwärts:** Heißt das, die Verbraucherzentrale muss über kurz oder lang dicht machen?

**Leuschner:** Wir haben bereits mehr als die Hälfte unserer Beratungsstellen schließen müssen. Von ehemals 43 Beratungsstellen sind noch 20 übrig, vor allem in der Fläche können wir deshalb nur reduzierte Beratungsangebote vorhalten. Und sogar diese Struktur ist betriebswirtschaftlich mit den Mitteln wohl nicht mehr aufrecht zu erhalten. Gegenwärtig ist das nur unserem engagierten Personal und dem guten Betriebsklima zu verdanken. Es ist jedes Jahr eine neue Zitterpartie.

**Weinel:** Die Verbraucherzentrale in Niedersachsen ist an der Grenze angekommen, die radikalen Kürzungen durch die Landesregierung haben uns 2003 fast in die Insolvenz getrieben. Wir haben jetzt noch etwas über 50 Mitarbeiterinnen, umgerechnet aber nur 32 Vollzeitstellen. Ich bin mir nicht sicher, ob wir alle Beratungsstellen halten können. Auch wollen wir kein Lohndumping in der Verbraucherzentrale – wir bezahlen analog zum TV-L, den Qualifikationen unserer Mitarbeiter leider nicht immer angemessen. Es bleibt nur eine Lösung: Die institutionelle Förderung muss wieder deutlich angehoben werden.

**vorwärts:** Hat die Landesregierung kein Interesse an hochwertigen Verbraucherinformationen?

**Weinel:** Zumindest hat seit 2003 kein Wirtschaftsminister persönlich mit uns gesprochen. Und dass, obwohl das Wirtschaftsressort die Fördermittel bereitstellt. Ein Austausch über Sachfragen findet mit der Landesregierung nur punktuell statt. Da bleibt viel Fachwissen ungenutzt. Politik sollte sich immer wieder vergewissern, wie ihre Entscheidungen in der Finanzmarktcrise und bei sozialen Umschichtungen, aber auch in der Bildungsarbeit, bei den Verbrauchern ankommen. ■